

Kommunen müssen gestalten können: Sie brauchen Geld für Investitionen!

Kaputte Straßen, einstürzende Brücken, undichte Dächer in Schulen und Verwaltungsgebäuden, stockender Ausbau von Bus- und Straßenbahnnetzen, verfallende Sportstätten – wohin man schaut Baustellen: So ist es an vielen Orten um die Infrastruktur bestellt. Seit vielen Jahren haben die Städte und Gemeinden in ihren Haushalten keine ausreichenden Mittel für den Erhalt und den Ausbau unserer öffentlichen Anlagen und Einrichtungen. Das muss sich ändern!

Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur sind Ausgaben für unsere Zukunft. Sie sind entscheidend für den gesellschaftlichen Wohlstand und die soziale Teilhabe aller. Und sie sind unverzichtbar, um die Folgen des Klimawandels sozial und gerecht zu meistern. Dafür brauchen unsere Städte, Landkreise und Gemeinden ausreichend finanzielle Mittel und qualifiziertes Personal.

Warum investieren die Kommunen nicht genug?

Städte, Gemeinden und Landkreise sind der größte Investor in Infrastruktur. Doch haben viele jenseits der kommunalen Pflichtaufgaben keine finanziellen Spielräume mehr. Sie unterlassen dann notwendige Investitionen. An vielen Orten verfällt deshalb die kommunale Infrastruktur. Der in den Kommunen bundesweit aufgelaufene Investitionsstau ist mittlerweile auf über 186 Milliarden Euro gewachsen. Die größten Bedarfe für Instandhaltung, Neubau oder Ausstattung gibt es bei Schulen, Straßen, Sportstätten, Kitas, Verwaltungsgebäuden, bei der Wasserversorgung und der Feuerwehr sowie der Kultur.

Während der Corona-Pandemie wurden die Mängel im Gesundheitswesen und bei der Ausstattung mit Informationstechnik besonders deutlich.

So sieht es auch der **Deutsche Städtetag**: „Der Investitionsstau bei den Städten ist riesig. Wir brauchen deshalb dringend wieder mehr finanzielle Mittel, über die wir neben unseren Pflichtaufgaben frei verfügen können. Deshalb sollten die Städte einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen bekommen – denn sie sind es, die Bundes- und Landespolitik vor Ort konkret umsetzen und gestalten.“

Wenn Kommunen nicht genug investieren, wirkt sich das auf nahezu alle Lebensbereiche aus. Die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner sinkt, die wirtschaftliche Entwicklung wird ausgebremst. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende **Christine Behle** dazu: „Es darf nicht sein, dass die Zukunftschancen junger Menschen davon abhängig sind, ob sie in einer hochverschuldeten Mittelstadt ohne Wirtschaftskraft, im ländlichen Raum oder in einer boomenden Großstadt mit großen Industriebetrieben aufwachsen.“

Bedarfe sind größer als der Nachholbedarf

Bundesweit muss der Staat in den nächsten zehn Jahren zusätzlich 600 Mrd. Euro in die Infrastruktur und für den Klimaschutz investieren. 60 Mrd. Euro pro Jahr. Das ergeben gemeinsame Schätzungen des gewerkschaftsnahen IMK und des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft.

Die Wirtschaftsinstitute sind sich einig: Durch Kürzungen an anderer Stelle ist das Geld nicht aufzubringen. Die dringend notwendigen Investitionen müssen durch Kredite finanziert werden, also durch einen Investitionsfonds oder eine Reform der Schuldenbremse.

Städte, Landkreise und Gemeinden stärken– Damit sie in unsere Zukunft investieren können!

ver.di fordert:

- Kommunen brauchen mehr Geld!
Das Steueraufkommen muss erhöht und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gesichert werden.
- Die Gewerbesteuer muss durch die Einbeziehung aller Selbständigen und durch die Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Leasingraten zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden.
- Die Handlungsfähigkeit überschuldeter Kommunen muss wiederhergestellt werden: Bund und Länder müssen für sie eine funktionierende und effektive Altschuldenregelung finden.
- Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund bezahlt werden, statt sie an die Kommunen abzugeben.
- Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels müssen zu einer Gemeinschaftsaufgabe werden. Dann können Bund und Länder die Kommunen direkt bei der Bewältigung anstehender Maßnahmen unterstützen.
- Kommunale Investitionsprogramme müssen so ausgestaltet werden, dass sie für Kommunen einfach zugänglich sind.

Die politisch Verantwortlichen müssen alles dafür tun, unseren Sozial- und Rechtsstaat, die Grundfesten unserer Demokratie, zu schützen. Dafür brauchen wir einen starken öffentlichen Dienst mit gut qualifiziertem Personal.

Die Finanzierungsgrundlagen dafür zu schaffen, ist Aufgabe der Politik.



Noch nicht dabei? mitgliedwerden.verdi.de